

Das **Fundament** dieses Haushalts sind die im **Koalitionsprogramm** sowie im Wirtschafts- und Finanzdokument des Landes festgelegten Ziele. S. 2 **Südtirol** ist ein **lebenswertes Land** mit **lebenswerten Gemeinden** und **anpackenden wie zuversichtlichen Menschen**. S. 3 Wir haben dank dem **Finanzabkommen** – dem 2014 geschlossenen und notifizierten **Sicherungspakt** – **Planungssicherheit** für den Landeshaushalt. S. 4 Alles selbstverständlich? Nein. **Unsere Autonomie** macht es möglich. S. 5 **Wir Südtiroler haben heute mehr Autonomie, mehr Unabhängigkeit, mehr Selbstständigkeit, mehr Selbstbestimmung** und damit **mehr Sicherheit** als noch vor vier Jahren. S. 6 Die beste Möglichkeit, die **Zukunft** zu beeinflussen, ist jene, sie selbst zu gestalten. S. 7 Sicherheit bedeutet nicht nur, das **soziale Netz aufzuspannen**, damit niemand ins Bodenlose fällt, sondern auch die **Kontrolle und Durchsetzung von Recht und Ordnung**. S. 10 Südtirol hat im Vergleich zum restlichen Staatsgebiet die **geringste Steuerbelastung**. S. 12 Der **Landeshaushalt** ist ein komplexes **Instrument**, das es – vor allem **dank unserer Autonomie** – möglich macht, **unsere Stärken weiter zu stärken**. S. 13 Die Landesregierung hat ihre **Verantwortung** wahrgenommen und 2015 die längst fällige Reorganisation des Südtiroler **Gesundheitswesens** eingeleitet. S. 16 Unsere **Südtirol-Strategie** muss darin bestehen, dass wir einerseits unserer **Wirtschaft** noch **optimalere Rahmenbedingungen bieten**, damit sie leistungsfähiger werden kann, und dass wir uns andererseits noch stärker **auf unsere Kernkompetenzen konzentrieren**. S. 18 Während in anderen Teilen Europas jeder zweite oder dritte Jugendliche ohne Arbeit zu Hause sitzt, **ringen die Betriebe in Südtirol um jede junge Arbeitskraft**. S. 20 Die Landesregierung ist bestrebt, die **ausgezeichnete Bildungsqualität** auch künftig **zu gewährleisten und weiterzuentwickeln**. S. 21 **Familie** gedeiht dort, wo in die **Vereinbarkeit von Familie und Beruf** investiert wird. S. 24 Den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten sind die **Gemeinden**. Sie sind es, mit denen die Menschen, nach der Familie und dem Freundeskreis, das **Heimatgefühl** ganz besonders verbinden. S. 24 Wir können uns glücklich schätzen, dass wir in einem **lebendigen ländlichen Raum** mit gut ausgebauten **Infrastrukturen** und einer vielfältigen Natur- und Kulturlandschaft leben. S. 25 **Ökonomie** und **Ökologie** werden sich in Zukunft mehr und mehr **ergänzen und sich gegenseitig befruchten**. S. 25 Die **30-jährige Konzession** zur Führung der **Autobahn** ist in Kombination mit dem **Brennerbasistunnel** der Schlüssel zum größten **Entlastungsprojekt** im Alpenbogen. S. 28 Die Landesregierung wird die **Landwirtschaft** – ganz gleich ob im Tal, auf dem Land oder auf der Alm und unabhängig von der Betriebsgröße – weiterhin **in ihrer Entwicklung unterstützen**. S. 29 Südtirol baut auf ein **Europa der Regionen** und macht sich gemeinsam mit dem Bundesland Tirol und dem Trentino als **Europaregion** dafür stark. S. 31

(ES GILT DAS GESPROCHENE WORT)

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Vizepräsident,
sehr geehrte Abgeordnete zum Südtiroler Landtag,
Hohes Haus!

„Wir, die Koalitionspartner für die Landesregierung der Legislaturperiode 2013-2018, wollen unser Land gemeinsam in eine sichere Zukunft führen“, steht als Leitmotiv im Koalitionsabkommen zu lesen. Die Begriffe Lebensqualität, Rahmenbedingungen, Herausforderungen, Autonomie, Freiraum, Entlastung, Sicherheit, Mitbestimmung und Eigenverantwortung, die sich als roter Faden durch das Abkommen ziehen, haben uns in den vergangenen vier Jahren Regierungs- und Landtagsarbeit begleitet und werden dies auch künftig tun.

Erinnern wir uns kurz zurück. Die Ausgangssituation vor vier Jahren war schwierig: Die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen waren von Ungewissheit geprägt, und die Herausforderungen waren groß. Südtirol wurde von einer bis dahin unbekannten Angst vor Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg erfasst und der gewohnt üppige Landeshaushalt stand auf tönernen Füßen. Dennoch war die Erwartungshaltung in der Bevölkerung ungebrochen hoch. Heute will ich – nicht ganz ohne Stolz – betonen, dass wir, meine Damen und Herren, ein gutes Stück gemeinsamen Weges hinter uns haben, und dass es uns gelungen ist, nahezu allen unseren Zielen näher zu kommen und sogar einige Ziele zu erreichen, die wir für kaum erreichbar hielten. Das stimmt mich optimistisch, da wir als Landesregierung und Landtag gemeinsam Handlungsfähigkeit beweisen. In unserer täglichen politischen Arbeit sehe ich es als vorrangig, an konkreten Lösungen zu arbeiten. Politisches Hickhack mögen die Bürgerinnen und Bürgern nicht – da genügt derzeit ein Blick nach Deutschland.

Heute ist es meine Aufgabe, die Ausrichtung und Schwerpunkte des Landeshaushalts 2018 zu erläutern, während es die Ihre ist, mir Ihr kritisches Ohr zu leihen. Das Fundament dieses Haushalts sind die im Koalitionsprogramm sowie im Wirtschafts- und Finanzdokument des Landes festgelegten Ziele.

Das Fundament dieses Haushalts sind die im Koalitionsprogramm sowie im Wirtschafts- und Finanzdokument des Landes festgelegten Ziele.

Bevor ich jedoch im Detail auf die Programme, die Zielsetzungen und die Dotierungen eingehe, die zur Umsetzung notwendig sind, will ich mit Ihnen ein paar grundsätzliche Überlegungen teilen.

Südtirol kennzeichnet sich durch eine bemerkenswerte politische Stabilität, was uns immer wieder die Anerkennung sowohl politischer Partner als auch Gegenspieler einbringt. Dies ist wohl nicht zuletzt auch das Ergebnis unserer bürgernahen Selbstverwaltung, die der Südtirol-Autonomie entspringt und deren Ausdruck und Repräsentantinnen und Repräsentanten auch wir in diesem Hohen Haus sind. Dank unserer Autonomie haben wir, liebe Kolleginnen und Kollegen im Südtiroler Landtag, die Möglichkeit, die Rahmenbedingungen in unserem Land besser zu gestalten als dies andernorts möglich ist.

Wir haben wieder einen sicheren und vergleichsweise üppigen Haushalt, in welchem die für die Bürgerinnen und Bürger zentralen Kapitel wie „Gesundheitsschutz“, „Ausbildung und Recht auf Bildung“ sowie „Soziale Rechte, Sozial- und Familienpolitik“ sehr gut ausgestattet sind. Es ist gelungen, die Krisenjahre zwischen 2007 und 2015 gut zu überstehen. Südtirol ist in dieser Zeit wirtschaftlich sogar um 7,6 Prozent gewachsen und stellt damit eine absolute Ausnahme in Italien dar. Wir haben wieder eine sehr geringe Arbeitslosigkeit (nach europäischer Definition Vollbeschäftigung) und eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur. Natur-, Umwelt- und Landschaftsschutz nehmen einen wichtigen Stellenwert ein. Wir können auf eine vielfältige Kulturlandschaft mit attraktiven Städten und Dörfern bauen. Moderne Infrastrukturen erschließen unser Land von der Talsohle bis ins Gebirge. Das gelebte Ehrenamt mit Zigtausenden, die sich wie auch immer in der Gemeinschaft engagieren, prägt unser Land und fördert den Zusammenhalt.

Um es auf den Punkt zu bringen: Südtirol ist ein lebenswertes Land mit lebenswerten Gemeinden und anpackenden wie zuversichtlichen Menschen. Menschen, die von einer tiefen Verbundenheit zu ihrer Heimat geprägt sind, unabhängig, ob sie diese im Dorf, in der Stadt, auf dem Land oder in Europa verorten. Gemeinsam ist dabei auch vielen das Bewusstsein, dass es sich in Südtirol gut, ja sehr gut

*Südtirol ist ein
lebenswertes Land mit
lebenswerten Gemeinden
und anpackenden wie
zuversichtlichen Menschen.*

leben lässt. Das bestätigen nicht zuletzt auch die Daten des Landesstatistikinstitutes ASTAT aus dem Jahr 2016, die anlässlich des internationalen Tages des Glücks erhoben wurden. Demnach sind die Südtirolerinnen und Südtiroler mit den wichtigsten Aspekten des Alltagslebens, wie der wirtschaftlichen Situation (77 %), der Gesundheit (91,8 %), den Beziehungen in der Familie (95,3 %) und zu Freunden (92,5 %), der Freizeit (83,1 %) sowie der Arbeit (92,2 %) sehr zufrieden. Gerade im Bereich der wirtschaftlichen Situation und der Arbeit liegen die Werte deutlich höher als auf gesamtstaatlicher Ebene.

Doch auch in Südtirol sind viele Menschen verunsichert, was die Zukunft bringen wird. Die Globalisierung verändert vieles, macht uns mobil, immer erreichbar, aber auch versetzbar und ersetzbar, und führt damit zu einer Beliebigkeit, in der zahlreiche Dinge weniger klar bestimmbar sind. Die Digitalisierung als nächster Schritt, der die Arbeitswelt völlig umkrempelt. Berufe verschwinden, neue Berufe entstehen und die Menschen haben immer öfter das Gefühl, noch nicht mit diesen Veränderungen klar zu kommen. Dies alles geschieht in einem derart rasanten Tempo, dass man sich mitunter eine Geschwindigkeitsbegrenzung wünschen möchte. Was bis vor kurzem noch schnell war, ist heute schon nicht mehr schnell genug.

Und dann sind da noch Themen, wie die fortschreitenden Umwelt- und Klimaveränderungen und in engem Zusammenhang damit die Migration, Themen, die uns fordern und auch beunruhigen. Nicht selten scheint all dem eine tief sitzende Sorge zu Grunde zu liegen: Die Befürchtung, dass das eigene Leben nicht immer gut sein wird, dass Wohlstand und Wohlbefinden vergänglich sind und die Zukunft schlechter werden könnte als die Gegenwart. Derartigen Befürchtungen den Nährboden zu entziehen, ist keine einfache Aufgabe, es ist aber eine Aufgabe, der wir uns stellen.

Die Südtiroler Landesregierung hat in den vergangenen vier Jahren bewiesen, dass sie gemeinsam mit dem Südtiroler Landtag sowie den Parlamentariern in Rom und Brüssel in der Lage ist, mit Hartnäckigkeit und Disziplin hoch gesteckte Ziele zu erreichen. So haben wir uns in dieser Legislaturperiode die Kompetenz zur Feststellung der Steuereinnahmen gesichert. Wir haben die Zuständigkeit im Bereich der Lokalsteuern übernommen. Mit der Rekordzahl von 16 Durchführungsbestimmungen in knapp vier Jahren, darunter jenen zur öffentlichen Auftragsvergabe, zum Handel, zur Jagd, zum Nationalpark Stilfser Joch und zu den Schutzhütten, konnten wir die Autonomie schrittweise festigen und verloren gegangene Kompetenzen wiederherstellen. Und seit vergangener Woche steht fest, dass wir jetzt auch primäre Gesetzgebungsbefugnis im Bereich Wasserkraft haben.

*Wir haben dank dem
Finanzabkommen – dem
2014 geschlossenen und
notifizierten Sicherungspakt
– Planungssicherheit für
den Landeshaushalt.*

Wir haben dank dem Finanzabkommen – dem 2014 geschlossenen und notifizierten Sicherungspakt – Planungssicherheit für den Landeshaushalt. Darin ist der Beitrag Südtirols zur Sanierung des Staatshaushalts auf Grund klarer Parameter festgelegt. Im Gegenzug dazu haben wir die Garantie bekommen, dass der Staat nicht mehr einseitig in die Finanzen des Landes eingreifen kann. Wir sind heute die einzigen in diesem Staat, die Haushaltsüberschüsse einsetzen können. Deshalb können wir mit der Neufeststellung des Haushalts jährlich den finanziellen Mitteln des laufenden Haushaltes weitere hinzufügen.

Der Sicherungspakt hält. Das lässt sich nicht nur praktisch, wie eben erklärt, sondern auch juristisch belegen. Der Verfassungsgerichtshof hat sich mit dem Urteil Nr. 237/2017 erst kürzlich zu einigen gesetzlichen Bestimmungen geäußert, die Änderungen am Staatsgesetz Nr. 243/2012 zum Haushaltsausgleich vorsehen. Das Gericht legte dabei das Prinzip fest, dass ein einfaches Gesetz niemals frei in ein sogenanntes „verstärktes“ Gesetz eingreifen kann. Wieso sage ich Ihnen das? Ich sage Ihnen das deshalb, weil ein „verstärktes“ Gesetz nur mit unserem Einverständnis zustande kommt und deshalb auch nur mit unserem Einverständnis geändert werden kann. Dieses „verstärkte“ Gesetz, von dem ich spreche, ist jenes, das die Finanzabkommen zum Gegenstand hat.

Doch damit nicht genug. Was unser Finanzabkommen von den Finanzvereinbarungen anderer autonomer Regionen wie beispielsweise der autonomen Region Friaul-Julisch Venetien unterscheidet, stellte der Verfassungsgerichtshof im Urteil Nr. 154/2017 fest. Ich zitiere: „*Nonostante entrambi gli accordi siano stati recepiti nella legge n. 190 del 2014 (rispettivamente ai commi da 406 a 413 e ai commi da 513 a 523), soltanto il primo,*“ – gemeint ist unser Finanzabkommen – „*nel ridefinire complessivamente i rapporti finanziari tra lo Stato, la Regione Trentino-Alto Adige e le Province autonome di Trento e di Bolzano, [...] esclude la possibilità di modifiche peggiorative, salvo esigenze eccezionali di finanza pubblica e per importi predeterminati già nelle clausole del patto.*“ Und weiter: „*Per questa via – come, da ultimo, ricostruito nella sentenza n. 28 del 2016 – le Province autonome di Trento e di Bolzano vengono a godere di una condizione di autonomia oggettivamente differente rispetto a quella propria del Friuli-Venezia Giulia, in riferimento alle richieste statali di concorso al risanamento dei conti pubblici.*“ Damit wird zum wiederholten Mal belegt, dass der Staat bei uns nicht mehr einseitig in die Kassen greifen kann, dass unser Beitrag zur Sanierung des Staatshaushalts ausreicht und wir alle anderen Haushaltsmittel frei verwalten können.

Hinzu kommt, dass unser Finanzabkommen bilateral zwischen Italien und Österreich abgesichert wurde. Das bedeutet, dass bei künftigen Änderungen der Finanzregelung neben unserem Einvernehmen auch das Einvernehmen Österreichs notwendig ist.

Apropos hochgesteckte Ziele: Mit unserem neuen, eigenen Vergabegesetz ist es uns gelungen, den Zugang der kleinen und mittleren Unternehmen zu öffentlichen Aufträgen zu verbessern und regionale Kreisläufe zu stärken. Über die beiden Abkommen mit RAI und Post können wir nun wichtige öffentliche Dienste den Bedürfnissen der Bevölkerung und der lokalen Wirtschaft anpassen. Wenn in Südtirol Zeitungen und Post weiterhin an sechs Tagen pro Woche zugestellt werden, dann nur, weil es uns als Land gelungen ist, eine Vereinbarung mit der italienischen Post zu unterzeichnen. Zudem hat die Post zur Verbesserung des Dienstes neue Stellen ausgeschrieben. Hinzu kommt das neue Verteilungszentrum, das zu Jahresbeginn 2018 in Bozen seinen Dienst aufnimmt. Alles selbstverständlich? Nein. Unsere Autonomie macht es möglich.

***Alles selbstverständlich?
Nein. Unsere Autonomie
macht es möglich.***

Ebenso macht es eine hart errungene Ausnahmeregelung möglich, dass wir die Notrufzentrale für die einheitliche Europäische Notrufnummer selbst betreiben können. Und auch im Bereich Breitbandausbau kann Südtirol als einzige Provinz in Italien autonom handeln. Dem Land Südtirol wurde die Zuständigkeit für die Lehrerausbildung übertragen. Mit dem Ladinergesetz wurden die Rechte der ladinischen Volksgruppe endlich gestärkt. Auch ist es uns gelungen, in Rom eine Gesetzesänderung zu erwirken, die die Vergabe der Konzession zur Führung der Brennerautobahn an eine rein öffentliche Gesellschaft unter der Federführung beider Länder und der Region Trentino-Südtirol möglich macht. Auch das ist keine Selbstverständlichkeit!

Wir Südtiroler haben heute mehr Autonomie, mehr Unabhängigkeit, mehr Selbstständigkeit, mehr Selbstbestimmung und damit mehr Sicherheit als noch vor vier Jahren. Damit begnügen wir uns nicht. So sind aktuell eine Reihe weiterer Durchführungsbestimmungen wie jene zu Wolf und Bär, zur Toponomastik, zu den Öffnungszeiten im Handel, zur Urbanistik oder zum Straßenwesen unterwegs. Unser Ziel ist es, die Autonomie konsequent weiterzuentwickeln und auszubauen. Der Weg dorthin führt nicht über die Brechstange wie in Katalonien, sondern über harte und zähe Verhandlungen. Ein Weg, der vor nunmehr 60 Jahren auf eindrucksvolle Weise von Silvius Magnago auf Schloss Sigmundskron ausgerufen wurde und Südtirol vor Eskalation und Gewalt bewahrt hat. Als Südtirolerinnen und Südtiroler sind wir solidarisch mit der katalanischen Bevölkerung und ihrem berechtigten Wunsch nach verstärkter Selbstverwaltung. Die dort gewählte Strategie überzeugt aber nicht.

Wir Südtiroler haben heute mehr Autonomie, mehr Unabhängigkeit, mehr Selbstständigkeit, mehr Selbstbestimmung und damit mehr Sicherheit als noch vor vier Jahren.

Dieses Mehr an Selbstbestimmung ist Südtirol nicht in den Schoß gefallen – wir haben auf allen politischen Ebenen hart dafür gearbeitet, allen Widrigkeiten zum Trotz. Zu Beginn dieser Legislaturperiode haben einige Themen alle anderen überstrahlt: die von Rom einbehaltenen Finanzmittel, die SEL-Krise, die Wirtschaftskrise, die steigende Arbeitslosigkeit, die Rückstände im Beitragswesen und die enormen Probleme bei der Abwicklung von ESF-Projekten. Wir haben diese Themen in den Griff bekommen. Gerade

deshalb bin ich überzeugt, dass das dadurch (zurück)gewonnene Vertrauen redlich verdient ist.

An diesem Vertrauen in die Politik, in die Institutionen, in die Demokratie, in unser Land, in unsere Heimat und in die Gemeinschaft wollen wir weiterbauen. Wir bieten den Bürgerinnen und Bürgern in den verschiedensten Bereichen Sicherheit. Wir wollen aber auch jene Menschen erreichen, die sich – aus welchem Grund auch immer – abgewandt haben. Das tun wir durch eine konkrete, vernunftgeprägte und verlässliche Politik, für Südtirol, für alle, die in diesem Land leben. Mit dem vorliegenden Landeshaushaltsentwurf setzen wir ein klares Zeichen der Stabilität und der Sicherheit.

Die vorhin angesprochenen Zukunftssorgen dürfen uns nicht lähmen. Wir können uns als Land Südtirol auf unsere Stärken stützen, ebenso wie auf ein – den Südtirolerinnen und Südtirolern gerne zugeschriebenes – gesundes Selbstvertrauen. Die beste Möglichkeit, die Zukunft zu beeinflussen, ist jene, sie selbst zu gestalten. Wir lassen nicht zu, dass in unserer Gesellschaft zunehmend polarisiert wird und neue Mauern entstehen. Neid, Feindseligkeit und Misstrauen sind keine gute Basis für eine positive Gestaltung der Zukunft. Sehr gefühlte Themen wie Kriminalität, Wolf und Bär, die Impfpflicht oder der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln bedürfen einer eingehenden, sachlichen Debatte. Gerade weil diese Themen den Menschen besonders nahegehen, dürfen sie nicht für verantwortungslose Marktschreierei und für Internetkampagnen missbraucht werden. Doch gerade diese wichtigen Themen werden in den sozialen Medien oder am Stammtisch aufgegriffen, um die Stimmung anzuheizen oder Ängste zu schüren. Für ein Thema, das uns in den letzten zwei Jahren bewegt hat wie kein anderes, gilt dies ganz besonders: die Migration.

Die beste Möglichkeit, die Zukunft zu beeinflussen, ist jene, sie selbst zu gestalten.

Den Versuch von Menschen, bestimmte Lebenssituationen hinter sich zu lassen und in eine neue, bessere Welt zu fliehen, hat es in der langen Menschheitsgeschichte immer schon gegeben. Erinnern wir uns an dieser Stelle auch an die unzähligen Südtirolerinnen und Südtiroler, die in der Vergangenheit ihr Land verlassen haben, weil es hier keine oder nur eine unzureichende Lebensgrundlage gab und es schlecht um ihre Zukunft bestellt war.

Weil die Menschen durch Fernsehen und digitale Kommunikation heutzutage informierter sind, und die Entfernungen gleichzeitig durch die Mobilität geschrumpft sind, ist das Phänomen Migration heute aber viel präsenter und hat – auch das muss festgestellt werden – ein völlig unvorbereitetes Europa getroffen. Es hat sich klar gezeigt, dass das europäische Asylrecht und die entsprechenden Verfahren ungeeignet sind, um einem Migrationsfluss derartigen Ausmaßes gerecht zu werden. Die Regeln waren zu einer Zeit vereinbart worden, die mit der heutigen nicht vergleichbar ist, und müssen dringend überarbeitet werden.

Die europäischen Staaten sind es, die gemeinsam Schritte und Maßnahmen setzen müssen. Allen voran muss das Schlepperwesen wirksam bekämpft werden. Dazu ist es notwendig, Übertrittsländer zu stabilisieren, insbesondere Libyen, damit dort wieder geordnete Verhältnisse einkehren. Dann wird es auch möglich sein, die lebensgefährlichen Bootsüberfahrten und damit Tausende Tote im Mittelmeer zu verhindern, und die Asylverfahren unter angemessenen humanitären Bedingungen vor Ort abzuwickeln, so dass die Asylberechtigten dann einen sicheren Korridor haben.

Europa hat sich inzwischen in diese Richtung auf den Weg gemacht und erste kleine Schritte in Libyen gesetzt. Das ist vor allem der Initiative Italiens zu verdanken, und darauf haben auch wir in Rom stets massiv gedrängt. Die internationale Gemeinschaft ist aber noch mehr gefordert und muss endlich auch für die dauerhaft wirksame Sicherung der Außengrenzen sorgen.

Nach wie vor ungelöst ist auch die Frage der effektiven Rückführung jener, deren Asylantrag abgelehnt wird. Wir fordern den Staat Italien wie auch die internationale Staatengemeinschaft auf, diese Frage zu lösen und alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Rückführung möglichst rasch erfolgen kann. Andernfalls würde das ganze System des Asylverfahrens und der Anerkennung von internationalem Schutz ad absurdum geführt. Gerade weil wir zu unserer humanitären Pflicht gegenüber den Schutzbedürftigen stehen, braucht es klare Regeln und eine klare Strategie für die Rückführung der Personen ohne Bleiberecht.

In Südtirol betreuen wir derzeit 1.650 vom Staat zugewiesene Asylbewerberinnen und -bewerber. Die Anzahl ist seit dem Sommer leicht rückläufig und es sind viel weniger als im

Bundesland Tirol. Wir wollen die Betreuung so gestalten, dass Integration tatsächlich möglich ist. Aus diesem Grund werden die Flüchtlinge in kleinen Gruppen auf die Gemeinden im gesamten Landesgebiet verteilt. Es ist inakzeptabel, wenn sich einzelne Gemeinden an dieser Aufgabe nicht beteiligen wollen und sich somit aus der Solidarität mit den anderen Südtiroler Gemeinden verabschieden. Die Unterbringung und Betreuung (mit Sprachkursen, Kulturvermittlung und ersten Beschäftigungsmöglichkeiten) erfolgt für den Zeitraum des Asylverfahrens. Von den Asylantragstellerinnen und Asylantragstellern erwarten wir, – genauso wie von allen anderen Zuwanderern aus dem Ausland – dass sie unser Angebot zur Integration annehmen, unsere gewachsene Kultur und Tradition respektieren sowie sich aktiv am Gesellschafts- und Erwerbsleben beteiligen. Genau darauf zielt auch das vom Südtiroler Landtag beschlossene Integrationsgesetz ab, das ganz klar auf zwei Grundsätzen fußt. Der eine lautet „fordern und fördern“, der andere „Integration durch Leistung“. Ein erster Schritt zur Integration ist die Kenntnis der Landessprachen. Deshalb werden wir die Auszahlung ergänzender Sozialleistungen an Sprachkurse koppeln.

Gemeinsame europäische Lösungen und das Einfordern von Integration sind das eine. Zum anderen hat die Art und Weise der Kommunikation einen großen Einfluss. Mangelnde Information verstärkt zweifelsohne die Verunsicherung in der Bevölkerung. Als gewählte politische Vertreterinnen und Vertreter haben wir deshalb die Pflicht, Probleme und Risiken klar zu benennen, diese anhand der Fakten transparent aufzuzeigen und vorbehaltlos zu informieren. Vor allem gilt es aber, alle Aspekte eines Themas offen zu legen, und nicht mit Halbwahrheiten Stimmung zu machen, um Ängste zu schüren und kurzfristig politisches Kapital daraus zu schlagen. Wenn es heißt, dass 40 Prozent der Leistungen im Bereich der Mietbeiträge und beim Mindesteinkommen an Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger gehen, dann muss auch dazugesagt werden, dass von den gesamten öffentlichen Transferleistungen im Sozialbereich nur neun bis zehn Prozent an Nicht-EU-Bürgerinnen und -Bürger gehen. Das entspricht im Wesentlichen ihrem Bevölkerungsanteil. In Südtirol gibt es keine einzige Leistung des Landes, die ein Ausländer bekommt und ein Einheimischer nicht. Umgekehrt ist das sehr wohl der Fall, weil wir uns bewusst dafür entschieden haben, bestimmte Leistungen an eine Ansässigkeit von mindestens fünf Jahren zu knüpfen.

Diese Landesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, die Lebensbedingungen der Südtirolerinnen und Südtiroler weiter zu verbessern, indem die Rahmenbedingungen dafür

geschaffen werden, dass jede Bürgerin und jeder Bürger Schmied des eigenen Glücks sein kann. Mehr Freiraum und zugleich mehr Eigenverantwortung, das ist die Stoßrichtung. Zugleich ist im Koalitionsprogramm festgeschrieben, dass niemand zurückbleiben und niemand alleine gelassen werden oder durch die Maschen des sozialen Netzes fallen darf. Unser Landeshaushalt spricht diesbezüglich eine sehr klare Sprache und gibt Sicherheit.

Sicherheit bedeutet aber nicht nur, das soziale Netz aufzuspannen, damit niemand ins Bodenlose fällt, sondern auch die Kontrolle und Durchsetzung von Recht und Ordnung. Die vorliegenden amtlichen Daten zeigen seit 2014 einen leichten Rückgang der Straftaten im Landesgebiet. Es bleibt aber die Tatsache, dass zwischen dem Jahr 2010 und dem Jahr 2014 die Straftaten doch signifikant zugenommen haben, gerade bei Eigentumsdelikten. Das Thema beschäftigt die Menschen in unserem Land ganz besonders. Der seit 2014 zu verzeichnende leichte Rückgang der Straftaten deutet darauf hin, dass die bisher getroffenen Maßnahmen in die richtige Richtung gehen.

Sicherheit bedeutet nicht nur, das soziale Netz aufzuspannen, damit niemand ins Bodenlose fällt, sondern auch die Kontrolle und Durchsetzung von Recht und Ordnung.

So hat die Koordinierungsgruppe für die öffentliche Sicherheit ihre Arbeit intensiviert. Die Abstimmung zwischen den Ordnungskräften wurde verbessert. In den neuralgischen Zonen sind mehr Ordnungskräfte im Einsatz. Zudem setzen immer mehr Gemeinden auf Überwachungskameras, die zur leichteren Aufklärung von Übergriffen, Diebstählen und Verkehrsunfällen beitragen. Den Ordnungskräften sei an dieser Stelle ein besonderer Dank für ihre Arbeit ausgesprochen. Ihr verstärkter Einsatz wird auch in Zukunft notwendig sein und muss von den politischen Vertreterinnen und Vertretern auf allen Ebenen unterstützt werden. Auch die Bevölkerung kann und muss ihren Beitrag leisten. Die Ordnungskräfte sind bei der Verfolgung von Straftaten auf ihre Mitwirkung angewiesen. Deshalb gilt: hinschauen und melden, nicht wegschauen und weitergehen!

Ein besonderes Augenmerk erfordert der Bereich der Jugendkriminalität. Diese hat in den letzten Jahren zugenommen, und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind überproportional oft an Straftaten beteiligt. Das erfordert Maßnahmen und gezielte Intervention sowohl im Sinne von Prävention als auch von Repression.

Die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger in Bezug auf die öffentliche Sicherheit verdienen seriöse Antworten und Maßnahmen und verbieten geradezu politische Stimmungsmache. Wir wollen im Bereich der öffentlichen Sicherheit mehr Verantwortung übernehmen und noch stärker mitentscheiden. Eine gezielte Maßnahme für mehr Sicherheit in den öffentlichen Verkehrsmitteln werden wir in den nächsten Wochen umsetzen.

Die Region Trentino-Südtirol hat die Verwaltung des Justizpersonals übernommen. Das Ziel besteht darin, die Rahmenbedingungen für die Gerichtsbehörden so zu verbessern, dass die Gerichte noch besser arbeiten können und dadurch die Prozessdauer abnimmt. Zu erwähnen ist auch das Gefängnis in Bozen Süd, das vom Land Südtirol im Auftrag und auf Kosten des Staates neu errichtet wird. Beides, die Übernahme des Justizpersonals und der Gefängnisneubau, dient dazu, dass Recht und Ordnung nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch tatsächlich durchgesetzt werden können.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete zum Südtiroler Landtag!

Wie eingangs erklärt, werde ich nun auf den Haushaltsvoranschlag, die Programme, Zielsetzungen und Dotierungen eingehen.

Der Ihnen vorliegende Haushaltsentwurf wurde am 31. Oktober 2017 von der Landesregierung verabschiedet. Er hat ein Gesamtvolumen in Höhe von 5,958 Milliarden Euro. Abzüglich der Neufeststellungen von 95,5 Millionen Euro, den zweckgebundenen Mehrjahresfonds in Höhe von 72 Millionen Euro, den Durchlaufposten in Umfang von 306 Millionen Euro und den Rückstellungen des Beitrags zur Sanierung des Staatshaushaltes in Höhe von 480 Millionen Euro, ergibt sich ein kompetenzmäßig verfügbarer Haushalt von rund 5,005 Milliarden Euro.

Einnahmenseitig wird auf Grund der guten wirtschaftlichen Entwicklung, des hohen Beschäftigungsgrades und unserer geringen Arbeitslosigkeit mit einem voraussichtlichen Plus von 1,8 Prozent bei den Steuereinnahmen gerechnet. Dennoch sind die Haushaltsmittel gegenüber 2017 mit einem Minus von 0,1 Prozent leicht rückläufig. In absoluten Zahlen ausgedrückt sprechen wir von einem Minus von rund drei Millionen Euro gegenüber dem Rekordjahr 2017. Damit bewegen wir uns weiterhin auf einem sehr hohen Niveau. Es ist aber zu erwarten, dass sich der rückläufige Trend fortsetzen wird. Grund dafür

ist das schrittweise Wegfallen einiger bedeutender Einnahmen. Dazu zählen die aus dem Mailänder Abkommen resultierenden Steuerrückstände sowie Ausgleichszahlungen des Staates.

Trotz der leicht abnehmenden Haushaltsmittel einerseits und des wirtschaftlichen Aufschwungs andererseits halten wir auch im Jahr 2018 an den Steuererleichterungen fest. Bezogen auf das kommende Jahr betragen die Entlastungen, die wir alleine in dieser Legislatur eingeführt haben, 215 Millionen Euro. In Summe sprechen wir von 315 Millionen Euro an Steuerentlastungen, die das Land Südtirol gewährt. Die größten Positionen sind die regionale Wertschöpfungssteuer IRAP mit 85 Millionen Euro und der Regionalzuschlag bei der Einkommensteuer IRPEF mit 123 Millionen Euro, die nicht eingehoben werden. Das Land verzichtet damit auf bedeutende Mehreinnahmen, die den Bürgerinnen und Bürgern, den Familien und den Unternehmen direkt in den Taschen und Kassen bleiben.

Südtirol hat im Vergleich zum restlichen Staatsgebiet die geringste Steuerbelastung.

Somit hat Südtirol im Vergleich zum restlichen Staatsgebiet die geringste Steuerbelastung. Diese Entlastung, die wir in Südtirol in den Jahren der Wirtschaftskrise eingeführt haben, ist Teil des Koalitionsprogramms dieser Legislaturperiode. Sie basiert auf dem heute schon angesprochenen wesentlichen Grundsatz, dass der Gesellschaft wieder mehr Spiel- und Freiraum eingeräumt werden muss, aber auch die Möglichkeit zur Wahrnehmung einer größeren Eigenverantwortung. Wir halten daran fest, weil dieser Freiraum bei den Familien und Unternehmen Entwicklungsmöglichkeiten freisetzt und zur Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Südtirol beiträgt.

Es muss aber auch klar sein – und das sage ich auch mit Verweis auf die Wünsche, die in den vergangenen Wochen von den Sozialpartnern und anderen Interessensgruppen an die Landesregierung herangetragen wurden –, dass auch unser üppiger Landeshaushalt Grenzen hat und nicht alle wunschlos glücklich machen kann. Wann immer neuen Forderungen stattgegeben wird, sei es im Bereich der Steuererleichterungen, der

Investitionen, der Förderungen und Transferleistungen oder der Kollektivverträge, müssen die Prioritäten neu gesetzt werden. Konkret bedeutet das, auf der Basis eines sozialpartnerschaftlichen Dialogs und der daraus erfolgenden politischen Grundsatzentscheidung, geringere Ausgaben bei einer Position oder gar das Streichen der Position, damit eine neue Ausgabe finanziert oder eine Mindereinnahme ausgeglichen werden kann.

Der Landeshaushalt ist ein komplexes Instrument, das es – vor allem dank unserer Autonomie – möglich macht, unsere Stärken weiter zu stärken.

Der Landeshaushalt ist somit kein Wunschkonzert, sondern ein komplexes Instrument, das es – vor allem dank unserer Autonomie – möglich macht, unsere Stärken weiter zu stärken, um den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt in unserem Land zu sichern. Dieses Instrument richtig einzusetzen, ist alles andere als einfach, aber im sozialpartnerschaftlichen Dialog ist es uns bisher gelungen.

Ausgabenseitig liegen dem Landeshaushalt unsere Arbeitsprogramme zugrunde, die Performancepläne der verschiedenen Ressorts, die mehrjährigen Investitionsprogramme quer durch alle Bereiche, die Vereinbarungen mit Institutionen und Körperschaften, unser Beitrag zur Sanierung der staatlichen Finanzen und selbstverständlich die Verpflichtungen, die die öffentliche Verwaltung als größter Arbeitgeber im Land hat.

Der Landeshaushaltsvoranschlag lässt sich pauschal in drei Gruppen einteilen:

- die Bereiche Gesundheit, Soziales, Familie und Personal: hier nehmen die Ausgaben zu;
- geschützte Bereiche wie Schule, Ausbildung, Kultur, Informatik und Innovation: hier gibt es keine oder nur geringfügige Änderungen;
- jene Gruppe, der im Laufe des Haushaltsjahres weitere Finanzmittel zugeführt werden.

Die Bereiche mit steigenden Ausgaben machen etwa 57 Prozent des Landeshaushaltes aus. Die beiden größten Positionen sind dabei das Gesundheitswesen mit geplanten

Ausgaben in Höhe von 1.266 Millionen Euro und das Personal mit rund 1.135 Millionen Euro.

Angesichts dieser Zahlen kann ich zwar nachvollziehen, dass insbesondere von Seiten der Interessensvertretungen der Wirtschaft Kritik an den wachsenden Personalausgaben geübt wird, verknüpft mit der Sorge über den abnehmenden Gestaltungsraum. Aber so wie in jedem Privatbetrieb bildet auch in der öffentlichen Verwaltung die Belegschaft die Grundlage für den Erfolg, und wer die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben will, muss gute Arbeitsbedingungen bieten. Das Land Südtirol braucht und will herausragende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Südtirol hat in den vergangenen Jahrzehnten eine eindrucksvolle wirtschaftliche Entwicklung durchlebt und zählt heute zu den wohlhabendsten Regionen in Europa. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegt unser Land laut Eurostat auf Platz 21 von insgesamt 275 bewerteten Regionen in Europa. Nachbarregionen, mit denen wir uns immer wieder messen, liegen allesamt auf Plätzen hinter uns. Der Erfolg Südtirols fußt auf dem Fleiß der Menschen im Land. Zu verdanken ist er aber auch einer funktionierenden und verlässlichen Verwaltung, einem sehr guten Bildungssystem und effizienten Körperschaften. In all diesen Bereichen haben wir ausgezeichnete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die immer mehr leisten müssen. Ihnen möchte ich an dieser Stelle im Namen der Südtiroler Landesregierung meinen großen Dank aussprechen!

Schon allein bedingt durch die Zwei- beziehungsweise Dreisprachigkeit und die benötigte Anzahl an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind die Ausgaben hoch. In der Landesverwaltung im engeren Sinne haben wir 2.765, in den Hilfskörperschaften und anderen Einrichtungen 678, im Straßendienst 270 und im Landesforstkorps 474 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dazu kommen der Bereich Bildung mit 7.983 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (davon 3.055 in der Verwaltung) und die 9.080 Lehrpersonen der Schulen staatlicher Art. Insgesamt sprechen wir von 18.137 Vollzeitäquivalenten verteilt auf 21.250 Mitarbeitende.

Es gibt weitere Gründe, die einen Kostenanstieg zur Folge haben, wie etwa strategisch wichtige Neuanstellungen. Ich denke hierbei an die Integrationslehrerinnen und -lehrer und die zusätzlichen Erzieherinnen und Erzieher für die Kindergärten. Ein weiterer Grund ist die

Übernahme des Verwaltungspersonals der Gerichte sowie des für den Südtiroler Teil des Nationalparks Stilfser Joch zuständigen Personals. Beide Übernahmen gründen auf einem autonomiepolitisch sehr bedeutenden Übergang staatlicher Kompetenzen an unser Land, in dessen Rahmen der Staat dem Land Kosten rückerstattet. Weitere Ursachen für den Kostenanstieg sind der neue bereichsübergreifende Kollektivvertrag und die damit verbundene bessere Absicherung der Angestellten aus sozialer Sicht und im Hinblick auf die Rente. Auch die Zunahme höherer Funktionsebenen und das zunehmende Dienstalder der Belegschaft spielen hinsichtlich der Kosten eine Rolle.

Die Landesregierung hat es sich bekanntlich zum Ziel gesetzt, den Landeshaushalt nicht mehr einfach wie gehabt fortzuschreiben, sondern jeden einzelnen Ausgabenposten auf Sinn, Effizienz und Notwendigkeit hin zu überprüfen. Deshalb wurde im Jahr 2015 ein fünfköpfiger Ausgabenausschuss ernannt. Die Einsetzung dieses Ausschusses zeigt Wirkung, weil die Kosten zu einem zentralen Thema wurden. Damit wurde ein Prozess angestoßen, der zur Optimierung der eingesetzten Ressourcen beiträgt.

Kein Bereich ist davon ausgenommen, auch nicht der Personalbereich. Dort ist die kontinuierliche Verbesserung und Weiterentwicklung der Südtiroler Landesverwaltung oberstes Ziel. Gerade angesichts der Altersentwicklung und der zunehmenden Schwierigkeiten, geeignetes Fachpersonal zu finden, setzen wir auf die Digitalisierung und Optimierung der Verfahren. Es geht darum, technisch so aufgestellt zu sein, dass die Verwaltungsarbeit künftig auch mit weniger Arbeitskräften bewältigt werden kann.

Mit der „Verwaltungsinnovation 2018“ haben wir ein Projekt zur Steigerung der Qualität der Dienste und zum Abbau unnötiger Bürokratiekosten auf den Weg gebracht. Um diese Herausforderungen erfolgreich zu meistern, wurde mit dem Performance-Plan und dem Performance-Bericht ein mehrjähriges Planungs-, Steuerungs- und Kontrollinstrument geschaffen. Dieses Instrument soll in einem weiteren Schritt an ein IT-System gekoppelt werden, das auch die Finanz- und Personalressourcen einbezieht und damit noch effizienter wird.

Eine beachtliche Position im Landeshaushalt, die ich genannt habe, ist das Gesundheitswesen. Dort steigen die Ausgaben um 20 Millionen auf 1.266 Millionen Euro

an. Die Gesundheitsversorgung betrifft jede Bürgerin und jeden Bürger unseres Landes, und steht deshalb zu Recht stark im Fokus der Öffentlichkeit. Die steigende Anzahl chronisch Kranker, der erhöhte Bedarf an medizinischen Leistungen, die immer höheren Erwartungen der Patientinnen und Patienten an die Gesundheitsversorgung, der akute Mangel an Fachärztinnen und Fachärzten sowie der damit einhergehende steigende Finanzbedarf stellen die zentralen Herausforderungen für die Zukunft dar.

Die Landesregierung hat ihre Verantwortung wahrgenommen und deshalb 2015 die längst fällige Reorganisation des Südtiroler Gesundheitswesens eingeleitet, wohl wissend, dass diese auf heftigen Widerstand stoßen würde. Im Jahr 2017 haben wir die Grundsatzentscheidungen über die Neuausrichtung getroffen. Wesentliche Eckpfeiler sind der Landesgesundheitsplan, das Landesgesetz über die Organisationsstruktur des Landesgesundheitsdienstes und die Reorganisation der Abteilung Gesundheit. Nun werden die darin vorgesehenen Maßnahmen nach und nach umgesetzt.

Die Landesregierung hat ihre Verantwortung wahrgenommen und 2015 die längst fällige Reorganisation des Südtiroler Gesundheitswesens eingeleitet.

Für die Landesregierung und die Verwaltung war die Reform mit einem enormen Kraftaufwand verbunden. Ich bin aber überzeugt, dass die Maßnahmen eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung bringen werden. Durch die digitale Vernetzung der verschiedenen Dienste, die Ausweitung der einheitlichen Vormerkstelle und die Anstellung zusätzlicher Ärztinnen und Ärzte werden die Patientinnen und Patienten dies unmittelbar spüren.

Wenn ich über die Gesundheitsversorgung spreche, möchte ich auch auf die vor wenigen Wochen erfolgte Inbetriebnahme der Tagesrandflüge sowie die Einführung der einheitlichen Notrufnummer 112 hinweisen. Erstere verbessert die medizinische Notversorgung, weil nun von 6 Uhr früh bis 22 Uhr am Abend, also immer dann, wenn auf Südtirols Straßen ein starkes Verkehrsaufkommen herrscht, ein schnellerer Transport ins Krankenhaus oder in spezialisierte Kliniken möglich ist.

Von großer Bedeutung nicht nur für medizinische Notfälle, sondern für alle Notfälle, ist die Einführung der einheitlichen Notrufnummer 112. Sie stellt eine autonomiepolitische Errungenschaft dar, weil für Südtirol und das Trentino mit einem Einzugsgebiet von nur einer Million Einwohnern eine staatsweite Ausnahmeregelung erreicht wurde. Diese macht es möglich, dass beide Länder eine einheitliche Notrufzentrale mit den zwei Standorten Bozen und Trient betreiben. Damit wird Klarheit im Dickicht der Notrufnummern geschaffen. Zugleich wird die Nähe zur Bevölkerung garantiert und der besonderen sprachlichen Situation in Südtirol Rechnung getragen. Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern auch künftig die Sicherheit einer guten und zeitgemäßen medizinischen Versorgung in allen Landesteilen bieten.

Um diese Sicherheit, gerade für die Schwächsten unserer Gesellschaft, geht es auch im Sozialbereich, wo die eingeplanten Haushaltsmittel auf 492 Millionen Euro leicht angehoben wurden. Mit der Verabschiedung des neuen Landesgesetzes zur Inklusion sowie den neuen Richtlinien zur Förderung der Einstellung von Menschen mit Behinderung konnten in dieser Legislaturperiode wichtige Schritte gesetzt werden. Ziel war eine Stärkung der Selbstbestimmung und Eigenverantwortung, stärkere Teilhabe am familiären und gesellschaftlichen Umfeld sowie größere Chancengleichheit und ein leichter Zugang zu den Leistungen. Erste Auswirkungen sind bereits sichtbar.

Aufgrund der soziodemografischen Entwicklungen geht es im Sozialbereich schwerpunktmäßig darum, die Dienste und Transferleistungen zu sichern, die Weichen für eine langfristige Finanzierbarkeit zu stellen und gleichzeitig an der Weiterentwicklung und Treffsicherheit des Angebotes zu arbeiten.

Ganz besonders gilt das für die Pflegesicherung. Angesichts der steigenden Lebenserwartung und der geburtenstarken Jahrgänge, die in 10 bis 20 Jahren 65 Jahre alt oder älter sein werden, ist mit steigenden Kosten zu rechnen. Heute gehören der Altersklasse der 60- bis 69-Jährigen zirka 100.000 Menschen an. 2030 werden es 150.000 sein. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Einzelhaushalte zu. Dadurch wird das familiäre Netz schwächer. Das stellt uns künftig vor zusätzliche Herausforderungen. Damit es allenfalls nur zu einer Kostensteigerung zu Lasten des Landeshaushaltes kommt, und nicht zu einer regelrechten Kostenexplosion, muss die Pflegesicherung mittelfristig durch ein weiteres Standbein ergänzt werden. Ein möglicher Weg ist jener über Gesundheitsfonds, über die

gewisse Pflegeleistungen finanziert werden könnten. Erste Gespräche dazu wurden mit den Sozialpartnern bereits geführt. Um mittelfristig vorbereitet zu sein und ein System aufzubauen, gilt es nun, die Arbeit zu intensivieren, um der gemeinsamen sozialen Verantwortung von Politik und Sozialpartnern gerecht zu werden.

Gleichzeitig werden wir noch stärker auf Prävention setzen, damit die Bevölkerung auch im Alter länger gesund und fit bleibt. Damit entlasten wir das gesamte öffentliche Gesundheitssystem. Für dieses Ziel müssen nach und nach Haushaltsmittel verschoben werden. Als präventive Maßnahme zum „Gesund-älter-werden“ gilt es auch, auf den Sport zu setzen und die Sportverbände und -organisationen eng in die Planung mit einzubeziehen. Im Vereins- und Sportland Südtirol bilden diese eine unverzichtbare Ressource.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete zum Südtiroler Landtag!

Ich habe Ihnen soeben aufgezeigt, dass die vielen Wünsche und Forderungen, die in unserem Land geäußert oder gestellt werden, selbst unseren gut bestückten Landeshaushalt an seine Grenzen bringen, und wir in den nächsten Jahren ein rückläufiges Haushaltsvolumen auf der einen Seite und Kosten auf der anderen Seite haben, wo kurzfristig kein Rückgang zu erwarten ist. Wir müssen daher noch stärker auf Strategien setzen, die es uns ermöglichen, den Wohlstand zu sichern, eine breite Bevölkerungsschicht daran teilhaben zu lassen, Strategien, die letztendlich darauf hinauslaufen, dass langfristig aus unserem Wohlstand wirkliches Wohlbefinden wird.

Unsere Südtirol-Strategie muss darin bestehen, dass wir einerseits unserer Wirtschaft noch optimalere Rahmenbedingungen bieten, damit sie leistungsfähiger werden kann, und dass wir uns andererseits noch stärker auf unsere Kernkompetenzen konzentrieren.

Unsere Südtirol-Strategie muss darin bestehen, dass wir einerseits unserer Wirtschaft noch optimalere Rahmenbedingungen bieten, damit sie leistungsfähiger werden kann, und dass wir uns andererseits noch stärker auf unsere Kernkompetenzen konzentrieren. Es handelt sich dabei um jene Schlüsselbranchen, die gleichzeitig die Spezialisierungsgebiete der RIS3-Strategie und die Forschungsfelder des NOI Techpark darstellen: Grüne

Technologien, Lebensmitteltechnologien, Alpine Technologien und Automatisierung. In diesen Bereichen haben wir Kernkompetenzen und können diese geschickt mit den großen Themen und globalen Trends unserer Zeit verknüpfen: Ökologisierung, Regionalität, Authentizität, Gesundheit und Mobilität.

Südtirol hat als „Green Region“ Strahlkraft erreicht. Wieso sollte es nicht gelingen, hier noch zuzulegen und diese Strahlkraft auch auf die anderen genannten Schlüsselbranchen zu übertragen? Das wäre nicht nur ökonomisch sinnvoll, sondern vor allem angesichts der weltweit fortschreitenden Verschmutzung und Zerstörung der Umwelt ökologisch ein Gebot der Stunde.

Südtirol will in puncto Nachhaltigkeit neue Maßstäbe setzen. In den genannten Branchen kann unser Land eine Schlüsselrolle einnehmen und rund um diese Branchen soll ein starker Dienstleistungssektor entstehen. Dienstleistungen sind ein Wachstumsmotor, der heute noch hinter seinen Möglichkeiten zurückbleibt. Die Landesregierung hat in dieser Legislaturperiode einen ersten Schritt zu Gunsten dieses Sektors gesetzt, indem die Dienstleister zu gleichwertigen förderungswürdigen Betrieben aufgerückt sind. Hier schlummert noch großes Potenzial.

Der soeben beschriebene Weg kann nur dann beschritten werden, wenn Südtirol seine Innovationskraft massiv stärkt. Deshalb werden wir die Ausgaben für Forschung und Entwicklung weiter anheben und die maßgeblichen Akteure unterstützen. Eine zentrale Rolle wird dabei der neue Technologiepark spielen. Er soll sich zum Kristallisationspunkt der Forschungs- und Innovationsstrategie Südtirols entwickeln. Der NOI Techpark wird es schaffen, Südtirols Forschung auf eine neue Ebene zu heben, ein Motor für die Innovationskraft heimischer Unternehmen zu werden, Talente anzuziehen und Südtirol Sichtbarkeit auf der Landkarte der internationalen Forschung zu geben.

Die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft ist für den allgemeinen Lebensstandard unabdingbar. Südtirol weist hervorragende volkswirtschaftliche Kennzahlen auf. Insbesondere möchte ich unsere gute Beschäftigungslage hervorheben. Während in

anderen Teilen Europas jeder zweite oder dritte Jugendliche ohne Arbeit zu Hause sitzt, ringen die Betriebe in Südtirol um jede junge Arbeitskraft. Das ist gut für Südtirols Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das ist gut für Südtirol, aber es braucht auch Antworten auf den Fachkräftemangel.

Während in anderen Teilen Europas jeder zweite oder dritte Jugendliche ohne Arbeit zu Hause sitzt, ringen die Betriebe in Südtirol um jede junge Arbeitskraft.

Zuerst möchte ich noch auf eine der wesentlichen Zielsetzungen dieser Legislatur eingehen: die Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen. Maßnahmen dazu waren die Steuerentlastungen und der Umbau der Wirtschaftsförderung von einem wenig effizienten Gießkannensystem mit langen Wartezeiten hin zu einem zielgerichteten Förderwesen, die verstärkte Bereitstellung finanzieller Mittel zum Abbau der Beitragsrückstände, von Mitteln für die Forschung und Entwicklung sowie für innovative Unternehmen und Start-ups, das neue Südtiroler Vergabegesetz, die Vorschüsse auf Steuerguthaben bei Sanierung, die mehrjährigen Investitionsprogramme im Hoch- und Tiefbau, die Einführung des Bausparens, die gute finanzielle Ausstattung der Supportstrukturen im Bereich Export, Innovation und Marketing, die Förderung des Qualitätstourismus und der Schutz der gewachsenen Handelsstruktur, um nur einige zu nennen. Letztere wollen wir weiter bewahren. Eine entsprechende Norm dazu ist im Entwurf zu den Bestimmungen im Zusammenhang mit dem Stabilitätsgesetz 2018 enthalten.

Neben der beträchtlichen Investition in den NOI Techpark wurden grundlegende Reformen zur Stärkung unseres Wirtschaftsstandorts angegangen. Ich denke hier an den Zusammenschluss der verschiedenen Wirtschaftsdienstleister zur IDM Südtirol oder an die Umstrukturierung der Tourismusorganisationen.

Es ist kein Geheimnis, dass diese Regierung in Sachen Bürokratieabbau gerne schon weiter wäre. Zumindest hat aber in der laufenden Legislatur der Unmut über die Bürokratie abgenommen, weil es, wenigstens auf Landesebene, keine neuen bürokratischen Auflagen gibt. In einigen Bereichen – wie etwa öffentliche Auftragsvergabe, Brandschutz, Arbeitssicherheit oder Lebensmittelhygiene – konnten wir Erleichterungen schaffen. Entbürokratisierung und Bürgernähe sowie die Vereinfachung der Verfahren prägen auch

das neue Gesetz für Raum- und Landschaft. Großes Potenzial liegt zudem in der digitalen Verwaltung. Daran wird im Rahmen der Agenda „Südtirol Digital 2020“ gearbeitet. In Kombination mit dem Ausbau des Glasfasernetzes, den wir massiv vorantreiben, wird sie zu Entlastungen führen.

Es stimmt mich sehr zuversichtlich, dass große Südtiroler Leitbetriebe nach Jahren wieder kräftig in Südtirol investieren. Ihre Investitionsprojekte ergänzen jene der öffentlichen Hand im Bereich der öffentlichen Infrastrukturen und im Wohnbau, die wir nach unseren mehrjährigen Programmen umsetzen. Die teils sehr repräsentativen Bauprojekte der Privatwirtschaft schaffen und sichern Arbeitsplätze und können als Bekenntnis zum Standort Südtirol gesehen werden. Das wiederum hat Signalwirkung und gibt dem Land und seinen Bewohnerinnen und Bewohnern Sicherheit. Die Entwicklung ist gleichzeitig Antrieb und Motivation, den eingeschlagenen Weg in der Standortpolitik weiterzugehen.

Die Investitionen der öffentlichen Hand und der Privaten sind wertvoll und wichtig. Sie wären aber sinnlos ohne die entsprechenden Entwicklungschancen für unser höchstes Gut: unsere Kinder, Jugendlichen und Talente. Sie sind es, die die – hoffentlich glückliche – Zukunft gestalten. Über das Schul- und Ausbildungssystem sowie die Bildungsförderung wollen wir sie auf dem Weg dorthin so gut wie möglich begleiten.

Die Landesregierung ist bestrebt, die ausgezeichnete Bildungsqualität auch künftig zu gewährleisten und weiterzuentwickeln.

Wir haben für die bildungspolitischen Maßnahmen 2018 in etwa gleich viele Mittel vorgesehen wie im laufenden Jahr. Die Landesregierung ist bestrebt, die ausgezeichnete Bildungsqualität auch künftig zu gewährleisten und weiterzuentwickeln. Ein zentraler Schlüssel dazu sind gut ausgebildete und motivierte Fachkräfte. Der Mangel an qualifiziertem Lehrpersonal und pädagogischen Fachkräften zwingt uns aber, Umschau nach neuen Möglichkeiten der Anstellung von Lehrpersonal und pädagogischen Fachkräften zu halten.

Vor diesem Hintergrund ist es von ganz besonderer Bedeutung, dass unserem Land mit dem Gesetz Nr. 107/2015 („La buona scuola“) die Zuständigkeit für die Lehrerausbildung

übertragen wurde. Das große Ziel besteht darin, für unsere künftigen pädagogischen Fachkräfte und Lehrpersonen sowohl im Hinblick auf die Ausbildung als auch auf die Anstellung Sicherheit und Planbarkeit zu gewährleisten.

Besonders groß sind die Herausforderungen im Bereich Kindergarten. Während auf der einen Seite die Bedeutung des Kindergartens in den letzten zehn Jahren immer weiter zugenommen hat, besteht seit Jahren ein großer Engpass bei der Anstellung von Kindergärtnerinnen und Kindergärtnern. Hier arbeiten wir an passenden Lösungen.

Großes Augenmerk liegt weiterhin auch auf der Berufsbildung, und zwar ganz besonders auf der dualen Ausbildung, um welche Südtirol von vielen beneidet wird. Dank dem Lehrlingspakt zur Aufwertung der dualen Ausbildung ist es gelungen, dem Abwärtstrend der vergangenen Jahre entgegenzuwirken. Das reicht aber noch nicht. Wir werden deshalb noch vor Auslaufen des Pakts eine neue Offensive starten. Die Gründe dafür liegen auf der Hand: Wo es die Lehre gibt, sind Jugendarbeitslosigkeit und Schulabbruchsraten geringer.

Begleitet werden die Vorhaben und Programme in der schulischen und beruflichen Ausbildung durch die Bildungsförderung. Die angebotenen Hilfsmaßnahmen haben nicht nur beratenden, sondern vor allem auch präventiven Charakter, weil sie zur besseren Bewältigung der Schul- und Universitätskarrieren beitragen. Mit seinen Geld- und Sachleistungen sowie Informations- und Beratungsleistungen ermöglicht das Land Südtirol gerade auch Kindern aus sozial schwächeren Familien eine solide schulische, universitäre oder berufliche Ausbildung. Alle Kinder und Jugendlichen in Südtirol haben so einen gleichwertigen Zugang zu Schule und Bildung und damit dieselben Chancen und Möglichkeiten der sozialen Mobilität.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete zum Südtiroler Landtag!

Ich habe heute von einer zunehmenden Verunsicherung gesprochen. Ich habe auch darüber gesprochen, dass wir uns der Sorgen der Bürgerinnen und Bürger annehmen und sie als Antrieb für eine positive Entwicklung verstehen. Ein Quell der (Selbst)Sicherheit und damit ein Gegengewicht zu den gegenwärtigen Entwicklungen und Verunsicherungen ist die Familie. Idealerweise bietet sie uns Geborgenheit, Wärme und Wertschätzung. Die Familie ist der Ort, wo grundlegende Werte vermittelt werden. Die Familie – und zwar in all

ihren Facetten – bildet daher einen ganz bedeutenden Arbeitsschwerpunkt der Landesregierung.

Die Herausforderungen sind jedoch enorm. Das hat vor allem damit zu tun, dass der italienische Staat im Bereich der finanziellen Unterstützung der Familien weit abgeschlagen hinter den europäischen Standards liegt. Das Land Südtirol ist bestrebt, dieses Defizit auszugleichen und europäisches Niveau zu erreichen. Hinzu kommt der demografische Wandel. Die Tatsache, dass bis zum Jahr 2030 jede dritte Person 60 Jahre oder älter sein wird, zeigt, dass gezielte familienpolitische Maßnahmen zur Erhöhung der Geburtenrate dringend notwendig sind.

Unser Ziel, die Familie zu stärken, wird durch einige Faktoren erschwert. Die Aufgabe ist allein schon durch die vielfältigeren Familienformen komplex. In dieser Hinsicht ähnelt die Familie der Heimat, die ebenso vielschichtig ist, und auch individuell oft sehr unterschiedlich abgegrenzt und wahrgenommen wird. Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt machen eine Familiengründung nicht leicht. So begünstigen längere Ausbildungszeiten und die Prekarisierung des Arbeitsmarkts die finanzielle Unsicherheit und behindern die Familienplanung. Der Übergang vom lohn- zum beitragsbezogenen Rentensystem steigert die Gefahr der Altersarmut und zwingt deshalb insbesondere Frauen, aber auch Männer, möglichst „lückenlos“ am Erwerbsleben teilzuhaben.

Angesichts dieser Herausforderungen bestanden wichtige Schritte in dieser Legislatur darin, einen Familienbeirat einzusetzen und die Familienagentur zu errichten, die die Maßnahmen in den verschiedenen Tätigkeitsbereichen koordiniert und vernetzt. Die Agentur treibt die Programme im Rahmen der drei gesetzlich festgelegten Schwerpunkte finanzielle Unterstützung, frühzeitige Stärkung von Familien und Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf voran. Im Haushaltsvoranschlag wurden zur Umsetzung der Programme die finanziellen Mittel deutlich aufgestockt, auf 134 Millionen Euro, nicht zuletzt auch auf Grund der Delegation des regionalen Familiengeldes an die Länder. Diese Delegation macht es möglich, dass ab 2018 neben dem Landesfamiliengeld erstmals auch das Landeskindergeld ausbezahlt werden kann.

Etwa 60 Prozent der Mittel fließen in Form von Geld direkt an die Familien. Die direkten finanziellen Maßnahmen müssen mit Realtransfers wie dem Zugang zu Kitaplätzen,

Kindergarten, Bildung oder der Absicherung der Erziehungszeiten im Hinblick auf die Rente gut ineinandergreifen, um eine optimale Wirkung zu entfalten. Fest steht, Familie gedeiht dort, wo in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf investiert wird.

Neben der Familienpolitik, sehr geehrte Damen und Herren, trägt die Stärkung der Heimatverbundenheit dazu bei, der mehrfach angesprochenen allgemeinen Verunsicherung entgegenzuwirken. Heimat gibt Sicherheit. Die Heimat ist der Haltegriff in einer globalisierten Welt. Gerade unsere Jugend sucht wieder eine starke und aufrichtige Verbindung zur Heimat. Heimat meint dabei nicht nur Südtirol, Heimat ist die Stadt, die man liebt, das Dorf oder der Weiler, aus dem man kommt, oder das gemeinsame Europa, an das man glaubt. Ein Europa, das näher zu seinen Bürgerinnen und Bürgern rücken muss.

Familie gedeiht dort, wo in die Vereinbarkeit von Familie und Beruf investiert wird.

Den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten sind die Gemeinden. Sie sind es, mit denen die Menschen, nach der Familie und dem Freundeskreis, das Heimatgefühl ganz besonders verbinden. Indem die Gemeinden das Gemeinschaftliche sowie das soziale und kulturelle Leben fördern und die Bürgernähe, die Effizienz der Dienste und die Qualität der örtlichen Infrastrukturen vorantreiben, schaffen sie Bindung, Vertrauen, bieten Zugehörigkeit und Sicherheit. Sie schaffen den gesellschaftlichen Kitt, den Zusammenhalt, den wir so dringend benötigen. Für unsere Gemeinden haben wir im Haushalt 527 Millionen Euro eingeplant.

Den Bürgerinnen und Bürgern am nächsten sind die Gemeinden. Sie sind es, mit denen die Menschen, nach der Familie und dem Freundeskreis, das Heimatgefühl ganz besonders verbinden.

Es ist die Aufgabe der Landesregierung, die Gemeinden so gut wie möglich zu unterstützen, und zwar sowohl in finanzieller als auch in organisatorischer Hinsicht. Das Gesetz zur Neuordnung der örtlichen Körperschaften, das der Südtiroler Landtag in diesem November verabschiedet hat, bildet ein wichtiges Werkzeug dafür. Auf der Grundlage dieses Gesetzes können die Gemeinden trotz wachsender Herausforderungen ihre Eigenständigkeit

bewahren. Statt auf Zwangsfusion wird auf übergemeindliche Zusammenarbeit gesetzt, indem Dienste gemeinsam erbracht werden.

Unser Land hat eine starke ländliche Prägung – ein großer Teil unserer 116 Gemeinden liegt im ländlichen Raum. Wir können uns glücklich schätzen, dass wir in einem lebendigen ländlichen Raum mit gut ausgebauten Infrastrukturen und einer vielfältigen Natur- und Kulturlandschaft leben. Wir setzen nach wie vor viel daran, diesen wertvollen Lebensraum zu fördern und zu erhalten. Denn eines, sehr geehrte Damen und Herren, dürfen wir nie vergessen: Unser Land ist nicht nur das Erbe der Mütter und Väter, sondern vor allem eine Leihgabe unserer Kinder!

Wir können uns glücklich schätzen, dass wir in einem lebendigen ländlichen Raum mit gut ausgebauten Infrastrukturen und einer vielfältigen Natur- und Kulturlandschaft leben.

Eines der zentralen Werkzeuge zum Erhalt unserer Natur- und Kulturlandschaft wird das neue Gesetz für Raum und Landschaft sein, dessen Entwurf die Landesregierung Anfang 2018 dem Landtag unterbreiten wird. Damit beginnt nach mehr als 45 Jahren eine neue Ära in der Raum- und Landschaftsplanung. Die Kernpunkte des Gesetzes sind Entbürokratisierung, Bürgernähe, Vereinfachung der Verfahren, Rechtssicherheit und Planbarkeit. Es lässt einerseits wirtschaftliche Entwicklung zu, andererseits werden der Schutz von Grund und Boden sowie der nachhaltige und vorsorgliche Umgang mit dieser Ressource großgeschrieben.

Mehr denn je kommt dem Natur- und Umweltschutz eine besondere Bedeutung zu. Die weltweit fortschreitende Umweltverschmutzung verunsichert und besorgt die Menschen, weil die natürlichen Ressourcen Wasser, Boden, Luft, Klima und Lebensraum Grundlage für unser Dasein und unsere Lebensqualität sind. Die Natur erbringt wertvolle Systemleistungen für unsere Gesellschaft und bildet einen herausragenden Standortfaktor für jegliche Entwicklung. Ich bin überzeugt, dass sich Schutz und Entwicklung nicht einander ausschließen und keine Gegensätze

Ökonomie und Ökologie werden sich in Zukunft mehr und mehr ergänzen und sich gegenseitig befruchten.

bilden. Im Gegenteil: Ökonomie und Ökologie werden sich in Zukunft mehr und mehr ergänzen und sich gegenseitig befruchten.

Die amtierende Landesregierung hat gezeigt, dass ihr die wirtschaftliche Entwicklung des Landes wichtig ist, weil sie dazu beiträgt, den Wohlstand und das Sozialsystem abzusichern. Wir haben beträchtliche Mittel für Investitionen bereitgestellt; auch für den Bau von Skiliften und Speicherbecken. Ja – für ein Top-Tourismusland wie Südtirol, braucht es solche Infrastrukturen. Das ist keine Frage. Ich warne aber davor, überall nach demselben Muster Entwicklung vorantreiben zu wollen. Das funktioniert nicht, weil die Voraussetzungen nicht überall dieselben sind. Wir brauchen auch Rückzugsräume. Die Nachfrage nach beschaulicheren Orten steigt beständig – das werden wir im Hinblick auf die touristische Entwicklung und im Marketing-Bereich mit Sicherheit berücksichtigen. Wir können heute unser Land und seine landwirtschaftlichen, naturnahen Produkte mit atemberaubenden Bildern einer einzigartigen Natur- und Kulturlandschaft bewerben, ohne dabei übertreiben zu müssen. Das können längst nicht alle Mitbewerber von sich behaupten.

Der Erhalt und die Entwicklung der Vorzüge Südtirols sind aber nur dann langfristig möglich, wenn der Nachhaltigkeitsbegriff in all seinen Dimensionen einen Niederschlag in den verschiedenen Sektoren findet. Im Umgang mit den natürlichen Ressourcen warten große Herausforderungen auf uns. Dazu gehören beispielsweise der Ausstoß von Treibhausgasen, der anhaltende Bodenverbrauch, die hohen Nutzungsansprüche an die Ressource Wasser, die Intensität der Landnutzungen, der anfallende Abfall, Abwasser und vieles mehr.

Trotz allen Fortschritts gerade im technischen Umweltschutz, ich denke hier an die Nutzung erneuerbarer Energien, wo Südtirol gut aufgestellt ist, die systematische Abwasserbehandlung, den vorbeugenden Lärmschutz, die Nutzung von Leerständen und die größere Aufmerksamkeit gegenüber Emissionen, gibt es noch viel zu tun. Und es gilt, vieles noch konsequenter zu tun. Südtirol muss seine Strahlkraft als grüne Region noch weiter festigen und ausbauen. Der Weg dorthin ist in der Klimastrategie „Energie-Südtirol-2050“ vorgezeichnet, die wir mit Nachdruck umsetzen wollen. Nutznießer davon werden die Menschen sein, die hier leben, wirtschaften oder ihren Urlaub verbringen, die Familien, die Bürgerinnen und Bürger, Firmen, Vereine, Städte, Dörfer und Weiler.

Eine besondere Herausforderung für uns als Klimaland Südtirol ist der Verkehr. Er ist Fluch und Segen zugleich. Für das Verkehrsnetz und die Mobilität sind im Haushaltsvoranschlag knapp 284 Millionen Euro vorgesehen. In erster Linie geht es darum, die Qualität der Dienste zu erhöhen und die Belastung der Bevölkerung insbesondere entlang der Durchzugsrouten zu reduzieren. Dies geschieht einerseits durch Umfahrungen, andererseits, indem wir die „Green Mobility“, die grüne Mobilität, fördern, und den öffentlichen Personennahverkehr weiter verbessern. Als Leitmotiv dabei gilt: „vermeiden, verlagern, verbessern“.

Gerade im Bereich der Mobilität wurden in den vergangenen Jahren Entscheidungen getroffen und Projekte angeschoben, die über die Vorhaben des Koalitionsprogramms deutlich hinausgehen: der Bau der Riggertalschleife, die Elektrifizierung der Vinschger Bahn, die Begradigung und der Ausbau der Bahnlinie Bozen-Meran, Mobilitätszentren in Brixen, Bruneck und Innichen, eine straßenunabhängige Verbindung Meran-Schenna-Tirol, neue Seilbahnverbindungen von Bozen nach Jenesien und von Mühlbach nach Meransen, die zusätzliche Haltestelle in St. Jakob sowie das Großprojekt zur Neugestaltung des Bahnhofsareals Bozen, mit Investitionen in Höhe von rund einer Milliarde Euro. All diese Projekte in Verbindung mit der schrittweisen Modernisierung der Busflotte und dem neuen einheitlichen Rollmaterial ab 2019 bringen den öffentlichen Personennahverkehr massiv voran. Das Ziel ist ein neues Fahrplanmodell mit Halbstundentakt werktags auf allen Bahnlinien des Landes und mit Viertelstundentakt zu den Stoßzeiten auf den Streckenabschnitten Meran-Bozen, Brixen-Bozen und Unterland-Bozen.

Zweifelsohne geht die größte Belastung von der Autobahn aus. Erst kürzlich stand in diesem Landtag ein Beschlussantrag zur Verlagerung des LKW-Verkehrs auf die Schiene zur Behandlung an. Ich hatte dazu gesagt, dass wir eine Obergrenze festlegen und durch eine gezielte Tarifpolitik den Umwegverkehr unterbinden und die Güter verstärkt auf die Schiene verlagern müssen. Die Chancen dazu standen noch nie so gut wie jetzt. Und das aus zwei Gründen:

Zum Ersten, weil es endlich gelungen ist, die gesetzliche Basis für die Vergabe der Autobahnkonzession an eine In-House-Gesellschaft mit der Region Trentino-Südtirol an der

Spitze zu schaffen. Die 30-jährige Konzession zur Führung der Autobahn ist in Kombination mit dem Brennerbasistunnel der Schlüssel zum größten Entlastungsprojekt im Alpenbogen. Sie ermöglicht es uns, massiv in Umwelt- und Lärmschutzmaßnahmen zu investieren, durch tarifpolitische Maßnahmen den Güterverkehr von der Straße auf die Schiene zu verlagern und den Umwegverkehr zu unterbinden. Wir wollen nun rasch die nächsten Schritte dazu setzen. Die Zeit drängt.

Die 30-jährige Konzession zur Führung der Autobahn ist in Kombination mit dem Brennerbasistunnel der Schlüssel zum größten Entlastungsprojekt im Alpenbogen.

Zum Zweiten stehen die Chancen gut, weil das Land Südtirol am 12. Oktober 2017 die Präsidentschaft des EVTZ „Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino“ übernommen hat. Wie ich zum Antritt der zweijährigen Präsidentschaft erklärt habe, wird das Land Südtirol im Rahmen des Vorsitzes in der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino neben Kultur und Sprache ganz besonders die Mobilität in den Mittelpunkt stellen. Das eine sind dabei Infrastrukturen wie der Brennerbasistunnel, dessen Zulaufstrecken und die optimale Nutzung dieses Jahrhundertprojekts. Das andere sind ordnungspolitische Maßnahmen sowohl auf staatlicher als auch auf europäischer Ebene. Die Europaregion soll hierfür die Plattform sein. Die Voraussetzungen für die Reduzierung des Schwerverkehrs und für die Verlagerung von der Straße auf die Schiene sind eine auch mit den Nachbarregionen Bayern und Veneto abgestimmte Tarif- und Ordnungspolitik für die Autobahn, sowie das Schaffen der erforderlichen Schieneninfrastruktur einschließlich LKW-Verladestationen.

Ich habe heute gesagt, dass Nachhaltigkeit mit all ihren Facetten einen Niederschlag in den verschiedenen Sektoren finden muss. Das wollen wir fördern. Das gilt für den Tourismus, das Handwerk, den Handel und die Industrie ebenso wie für die Land- und Forstwirtschaft. Auch für die Landwirtschaft gilt das Prinzip „fördern und fordern“. Die öffentliche Hand unterstützt die gute landwirtschaftliche Praxis, die über die reine Einhaltung gesetzlicher Mindeststandards hinausgeht, und kommt teilweise für Leistungen auf, welche die Südtiroler Bäuerinnen und Bauern zum Wohl der Allgemeinheit erbringen. Wir wollen in allen Bereichen ein qualitatives Wachstum unterstützen, das nicht darauf ausgerichtet ist, immer

größere Mengen vom Gleichen zu produzieren, sondern Hochwertigkeit und Vielfalt im Fokus hat.

Südtirols kleinstrukturierte Landwirtschaft belegt heute Spitzenpositionen am Markt – sie punktet mit ihren Produkten, nicht mit ihrer Größe. Das wissen die Bäuerinnen und Bauern, das weiß die bäuerliche Interessensvertretung und das wissen die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Die Landesregierung wird die Landwirtschaft – ganz gleich ob im Tal, auf dem Land oder auf der Alm und unabhängig von der Betriebsgröße – weiterhin in ihrer Entwicklung unterstützen. Oberste Priorität ist es, eine möglichst große Zahl landwirtschaftlicher Betriebe dauerhaft und flächendeckend zu erhalten. Das kommt nicht nur der Attraktivität und Vitalität des ländlichen Raums zugute, sondern trägt auch dazu bei, das soziale und kulturelle Leben in unserem Land zu sichern.

Die Landesregierung wird die Landwirtschaft – ganz gleich ob im Tal, auf dem Land oder auf der Alm und unabhängig von der Betriebsgröße – weiterhin in ihrer Entwicklung unterstützen.

Die eingeplanten finanziellen Mittel, sei es in der Landwirtschaft (64,3 Millionen Euro) als auch generell für die Wirtschaft (90,5 Millionen Euro), werden aber nicht ausreichen, um alle Maßnahmen und Programme umzusetzen. Daher möchte ich an dieser Stelle schon vorwegnehmen, dass wir über den Nachtragshaushalt weitere Ressourcen dafür bereitstellen werden.

Die Herausforderungen in der Landwirtschaft sind zweifellos groß. Die gesellschaftliche Akzeptanz, Preisschwankungen, Kostendruck, Konsumverhalten und Klimawandel: Das sind die großen Themen. Wolf und Bär sind deshalb für viele Bäuerinnen und Bauern der sprichwörtliche Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt. Nicht wegen der überschaubaren Schäden, die diese Großraubtiere derzeit anrichten. 69 Risse gehen im Jahr 2017 nachweislich auf das Konto dieser beiden Raubtiere. Für über 20 sind streunende Hunde verantwortlich. Andererseits sind über tausend Tiere in Folge von Unwettern, Unfällen und Krankheiten zu Tode gekommen. Warum dann dieser starke Protest, und warum hat sich die Landesregierung dieser Frage, gemeinsam mit den Parlamentariern in Rom und Brüssel, so entschieden angenommen, werden Sie sich vielleicht fragen. Der

Grund ist die mögliche Entwicklung, die dieses Problem nehmen kann. Wir brauchen funktionierende Instrumente, um diese Entwicklung nicht nur kontrollieren, sondern auch beeinflussen zu können. Deshalb fordern wir ein effektives Managementsystem für Großraubtiere, das wir selbst verwalten können, einschließlich gezielter Entnahmen.

Ich erinnere in diesem Zusammenhang auch daran, dass schon im vergangenen Oktober eine Durchführungsbestimmung zu den Großraubtieren auf den Weg gebracht wurde, die von der Kommission bereits mit einer positiven Stellungnahme an die Ministerien übermittelt wurde.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete zum Südtiroler Landtag!

Die Südtiroler Landesregierung hat auf viele Fragen eine klare Antwort gegeben. Wir werden auch weiterhin konkrete Lösungen für die vielfältigen Herausforderungen erarbeiten und anbieten. Dies gelingt uns, indem wir den Aspekt der öffentlichen Sicherheit stärker in den Vordergrund rücken. Dies gelingt uns auch durch den stetigen Ausbau der Autonomie und durch eine Standortpolitik, die darauf abzielt, den Wohlstand abzusichern, eine möglichst breite Bevölkerungsschicht daran teilhaben zu lassen und den Wohlstand in effektives Wohlbefinden weiterzuentwickeln. Unsere Ziele dabei sind noch bessere Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, strategische Investitionen in Infrastrukturen, die Förderung von Bildung, Innovation und Forschung und die Schaffung eines Gleichgewichts zwischen Ökonomie und Ökologie.

Das alleine ist aber nicht genug. Wir werden auch jenen Themen Aufmerksamkeit schenken, die den Menschen Halt geben und die Verbundenheit zu ihrer Heimat Südtirol stärken. Wer Wurzeln hat und sich einer Gemeinschaft zugehörig fühlt, ist meist offener dafür, auch in einem größeren, europäischen Rahmen zu denken. Das ist wichtig, denn angesichts der großen Herausforderungen wie Globalisierung, Migration, Klimawandel oder Digitalisierung, dürfen wir uns nicht einigeln, sondern müssen uns mit unseren Partnern in der Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino und der EUSALP in Europa und vor allem für Europa engagieren, aller Kritik an Europa zum Trotz.

Es geht um ein erfolgreiches Friedensprojekt, das seinesgleichen sucht, und gleichzeitig um ein Gegenkonzept zu den Nationalstaaten, das die Überwindung alter Grenzen möglich gemacht hat und die Schaffung neuer Grenzen zu verhindern vermag. Für eine

mehrsprachige Grenzregion wie Südtirol ist das von ganz besonderer Bedeutung. Auch wird die wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit in Europa immer wichtiger, um sich gegen die wachsende wirtschaftliche und politische Macht großer Regionen und Freihandelszonen außerhalb Europas behaupten zu können.

Südtirol baut auf ein Europa der Regionen und macht sich gemeinsam mit dem Bundesland Tirol und dem Trentino als Europaregion dafür stark.

Südtirol baut auf ein Europa der Regionen und macht sich gemeinsam mit dem Bundesland Tirol und dem Trentino als Europaregion dafür stark. Als Brücke zwischen Norden und Süden sehen wir uns als wichtiges Bindeglied in und für Europa. Und weil wir „ein kleines Europa in Europa“ sind, in dem sprachliche, kulturelle und geografische Barrieren überwunden werden, sind wir ein Vorbild. Wir stellen die Gemeinsamkeiten in den Vordergrund und können durch eine gute Zusammenarbeit vieles bewegen.

Große Herausforderungen verlangen nach gemeinsamen Antworten. Das nimmt seinen Anfang in der Familie und reicht über die Dorfgemeinschaft, über unser Land Südtirol bis nach Rom, Wien, Brüssel und hinauf auf die Weltbühne. Die Menschheit steht jeden Tag an einem entscheidenden Wendepunkt der Geschichte. Die Südtiroler Landesregierung hat es sich daher zum Ziel gesetzt, gemeinsame Wege zu suchen und in diesem Sinne Netzwerke zu knüpfen, um im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten ihren Beitrag zu den großen Herausforderungen zu leisten.

Vielen Dank für Ihre geschätzte Aufmerksamkeit!

Arno Kompatscher
Landeshauptmann

Bozen, 7. Dezember 2017